

Langes Warten auf Hilfe der Schuldienste

Die finanzielle Lage des Kantons Obwalden verhindert, dass Kinder schneller Hilfe von Schulpsychologie oder Logopädie erhalten.

6. September 2019 OZ

Philipp Unterschütz

Die Obwaldner Schuldienste wie Schulpsychologie, Logopädie oder Psychomotoriktherapie sind unter Druck. Die Wartezeiten haben massiv zugenommen und wie der Kanton selber angekündigt hat, werden sich beispielsweise die Wartefristen beim Schulpsychologischen Dienst weiter erhöhen.

Das in Obwalden praktizierte System Integration vor Separation führt zu individuellen Abklärungen bei Schülerinnen und Schülern, was Zeit und Ressourcen braucht. Aufgrund der finanziellen Lage muss aber an allen Ecken und Enden gespart werden – auch im Bildungs- und Kulturdepartement. Mit diesen Feststellungen reichte Kantonsrat Max Rötheli (SP, Sarnen) im Mai eine Interpellation ein, in der er sich besorgt zeigte, dass die Wartezeiten negativen Einfluss auf das Lernen der Kinder haben könnten.

«Der Regierungsrat bestätigt im Grundsatz die Feststel-

lungen der Interpellanten», heisst es in der Antwort, die kürzlich veröffentlicht wurde. Die Zunahme der Fälle bei den Schulpsychologischen Diensten sei ein schweizerisches Phänomen, das aber nicht mit der spezifischen Situation von Obwalden zu tun habe. Im Schuljahr 2016/17 seien 45 Prozent der Anmeldungen beim Schulpsychologischen Dienst wegen Verhaltens- und/oder Erziehungsschwierigkeiten erfolgt. Lern- und/oder Leistungsschwierigkeiten hatten 70 Prozent der angemeldeten Kinder. Neuer sei, dass schon Kindergärtler massive Verhaltensauffälligkeiten zeigen würden.

Viel zu wenig Personalressourcen

Zum Thema Integration vor Separation hält die Obwaldner Regierung fest, dass sie die positive Entwicklung der Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen wie auch mit einer Behinderung begrüsse. Sie habe

«Die Kinder werden erst dann angemeldet, wenn sie die Hilfe bereits nötig haben.»



Max Rötheli
Kantonsrat SP, Sarnen

zum Ziel, dass möglichst alle Kinder wohnortnah die Schule besuchen könnten.

Der Blick in die Zukunft scheint aber wenig erfreulich. Es könnten wegen der finanziellen Situation beim Kanton und wegen des geltenden Personalstopps seit längerem keine Pensenerhöhungen für die Schuldienste bewilligt werden. Die departementsintern möglichen Pensensverschiebungen habe man bereits umgesetzt.

Stellen wurden teilweise nicht besetzt

Im Rahmen der Sparmassnahmen beim Personal wird auch der Logopädische Dienst auf Januar 2021 bluten müssen. Laut Regierung ist zudem der Eindruck einer Verknappung entstanden, weil die Logopädinnen im Schuljahr 18/19 Pendenzen abbauen mussten. Diese sind entstanden, weil im Schuljahr 17/18 während mehrerer Monate vakante Stellen nicht oder nur zum Teil besetzt waren. Auch die 30 bis 40 Prozent-Stelle für

eine Logopädin, die man seit April 2019 zu besetzen versuche, sei noch offen, weil der Markt ausgetrocknet sei, schreibt die Regierung weiter. «Die Logopädinnen müssen bei der Behandlung der Kinder Prioritäten setzen.»

Beim schulpsychologischen Dienst ist als eine Massnahme zur Verbesserung der Situation ein Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendliche mit Verhaltensbehinderung vorgesehen. Aus Ressourcengründen konnte dieses die Arbeit bisher nicht aufnehmen. Nun hat der Kanton Obwalden aber eine pädagogische Mitarbeiterin in einem 40-Prozent-Pensum temporär bis Ende Dezember 2020 eingestellt. Sie soll ein Konzept dafür erarbeiten. Für die Umsetzung würden zusätzliche Personalressourcen notwendig sein, über die der Regierungsrat nach Vorliegen des Konzepts befinden werde.

Interpellant Max Rötheli ist mit der Antwort der Regierung nur bedingt zufrieden. «Die Re-

gierung hat zwar alle ihre Aktivitäten sauber aufgeschlüsselt. Sie bringt aber kaum Lösungsansätze.» Die Wartezeiten müssten unbedingt verkürzt werden, damit die Kinder rechtzeitig die nötige Hilfe erhalten würden. «Sie werden ja erst dann angemeldet, wenn sie die Hilfe bereits nötig haben.»

Bei der Logopädie sei es wichtig, dass man auch bei einem ausgetrockneten Markt alles daran setzen müsse, die Stelle schnell zu besetzen. «Und das Konzept für ein Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendliche mit Verhaltensbehinderungen macht nur dann Sinn, wenn es auch umgesetzt wird», so Rötheli weiter. Er hoffe schwer, dass der Kanton Obwalden doch bald wieder auf ein finanzielles Niveau gelange, das die dafür nötigen Stellenaufstockungen zulasse. Er werde auf jeden Fall die Situation in den Schuldiensten im Auge behalten, damit Kinder und Jugendliche frühzeitig die optimale Hilfe bekämen.